Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 7. Juli 1926
Mittwoch Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
7.7.m Nr. 310 10 Pfennig

Baldwin sekundiert dem Kolonialsekretär.

„Dauernde englische Herrschaft in Deutsch-Ostafrika."

sx. **London**, 6. 7. (Eigenbericht.)

In Beantwortung einer Anfrage des Labour-Abgeordneten Buxton erklärte Baldwin im Unterhause, die Frage der Kolonialmandate sei in dem Vertrage von Locarno überhaupt nicht behandelt.

Den deutschen Delegierten sei aber in Locarno mündlich mitgeteilt worden, daß Deutschland, sobald es Mitglied des Völkerbundes sei, ein möglicher Kandidat für koloniale Mandate sein werde, wie alle anderen Mitglieder es seien. Es sei aber unkorrekt, anzunehmen, daß irgendein Versprechen oder eine Verpflichtung der deutschen Regierung gegenüber eingegangen sei.

Die kürzliche Erklärung des Kolonialsekretärs Amery, daß das Tanganyika-Mandat dauernd sei, repräsentiere die Politik des Kabinetts.

Die Haltung der britischen Regierung einem etwaigen deutschen Kolonialanspruch gegenüber hätte sich seit Locarno nicht geändert.

Ein Urteil des deutsch-englischen Schiedsgerichts.

sx. **London**, 6. 7. (Eigenbericht.)

Das gemischte deutsch-englische Schiedsgericht hat einer Klage der Commerz- und Privatbank auf 40 000 Pfund gegen einen britischen Schuldner, die Pena Company Limited, stattgegeben und den Schuldner für haftbar erklärt, diese Summe an die Commerz- und Privatbank zu zahlen.

Europareise General Hertzogs.

Johannisburg, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

General Hertzog wird am 3. September zur Teilnahme an der Reichskonferenz nach London abreisen. In hiesigen offiziellen Kreisen glaubt man nicht, daß die Lage in Kanada eine Verschiebung der Reichskonferenz nötig machen wird. General Hertzog wird gelegentlich seiner Anwesenheit in Europa wahrscheinlich auch einer Tagung des Völkerbundes beiwohnen.

Englischer Flieger bei Basra beschossen.

Bagdad, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

Der bekannte englische Flieger Cobham, der nach seinem Australienflug gestern morgen nach einer Notlandung in Bagdad weiter flog, wurde, 100 Meilen nordwestlich von Basra, von der Erde aus mit Gewehren beschossen. Sein Mechaniker Elliott wurde schwer verwundet. Cobham landete darauf in Basra, wo Elliott sofort operiert wurde. Er hatte eine Rippe und einen Arm gebrochen und ein Lungenflügel war durch eine Kugel durchbohrt worden. Man nimmt an, daß die Schüsse von Arabern abgegeben worden sind.

Die Arbeitslosigkeit in England.

sx. **London**, 6. 7. (Eigenbericht.)

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in der vergangenen Woche kaum verändert und beträgt nach der Statistik des Arbeitsministeriums vom 28. Juni 1 639 000. Dazu kommen etwa 12,2 Millionen beschäftigungsloser Bergwerksarbeiter.

Auf dem Jahreskongreß der Eisenbahner wird zurzeit ein Teil des Kampfes ausgetragen, der an sich vom Generalrat des Gewerkschaftskongresses bis nach Beendigung des Streikes verschoben ist. Die Delegierten von neun Zweiggewerkschaften haben ein Mißtrauensvotum gegen den Sekretär der nationalen Eisenbahnergewerkschaft, Thomas, eingebracht, das seine Haltung während des Generalstreiks charakterisiert. Ueber dieses Mißtrauensvotum wird heute abgestimmt. Thomas verteidigte sich in einer längeren Rede.

„Belgische National-Eisenbahngesellschaft."

Brüssel, 6. 7. (Eigenbericht.)

Die Regierung legte heute der Kammer das Gesetz über die Einbringung der Staatseisenbahn in eine Aktiengesellschaft vor. Die Gesellschaft erhält den Namen „Belgische National-Eisenbahngesellschaft" und hat ein Kapital von 11 Milliarden Franken, bestehend aus 11 Millionen gewöhnlichen Aktien zu je 100 Franken und 20 Millionen Vorzugsaktien zu je 500 Franken. Der Ertrag der Vorzugsaktien in Höhe von 16 Milliarden Franken wird in einen Beteiligungsfonds der öffentlichen Schuld übergeführt.

Da für diesen Fonds bereits 6 Milliarden neuer Steuern vorgesehen sind, wird aus ihm der Rückkauf von Schulden bis zum Betrage von 6 Milliarden Franken gestattet.

Der Streik in Antwerpen.

Brüssel, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Arbeitsministerium hat den Gouverneur der Provinz Antwerpen ersucht, nach Kräften auf eine baldige Beendigung des Streiks der Hafenarbeiter hinzuwirken.

Vertreter der deutschen, holländischen und belgischen Transportarbeitergewerkschaften, die in Utrecht zusammentrafen, erklärten, es sei unmöglich, den Transport von Kohle für England zu verhindern, solange die englischen Transportarbeiter sich selbst am Transport beteiligten.

Athen, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.) Der türkische Delegierte Schukry Bey ist nach Athen zurückgekehrt, um die türkisch-griechischen Verhandlungen über das türkische Eigentum in Griechenland und das griechische Eigentum in der Türkei wieder aufzunehmen.

Die Regierung beabsichtigt, die Militärdienstzeit auf 18 Monate zu reduzieren.

Teheran, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.) Unter den persischen Truppen in Asserbeidschan und in der Provinz Khorasan ist eine Meuterei ausgebrochen. Die Soldaten führen Klage darüber, daß sie keine Löhnung erhalten haben.

Caillaux fordert außerordentliche Vollmachten.

Briand unterstreicht die Einigkeit der Regierung.

a. **Paris**, 6. 7. (Eigenbericht.)

Das Palais Bourbon hatte heute seinen großen Tag. Schon stundenlang vor Beginn der Sitzung, die auf 3 Uhr angesetzt war, warteten lange Menschenreihen auf der Straße vor dem Kleinen Portal, das zu den Publikumstribünen Einlaß gibt. Kurz vor 3 Uhr hatte der Andrang solche Formen angenommen, daß ein starkes Polizeiaufgebot notwendig war, um den Verkehr aufrechtzuerhalten. Colbert und Sully, deren Standbilder auf der breiten Freitreppe des Parlaments stehen, blickten nachdenklich von ihrem hohen Sockel auf das Gewimmel zu ihren Füßen und stellten wahrscheinlich Vergleiche an mit den Finanzkämpfen, die sie selbst durchzuführen hatten. Im Vorhof des Platzes kontrollierten uniformierte Parlamentsdiener im Dreispitz, den Degen an der Seite, mit Sorgfalt jede Eintrittskarte. In der Vorhalle herrschte ein Gedränge und eine Aufregung, wie man sie seit dem Kriege an dieser Stelle sicherlich noch nicht gesehen hat.

Auf den schmalen Journalistentribünen drücken sich die Zeitungsschreiber aller Länder in fürchterlicher Enge. Unten im Saale ist jeder Platz besetzt. Vorn auf der ersten Bank gegenüber dem Rednerpult leuchtet der nackte Schädel Caillaux' mit seinen seltsam eckigen Formen, aus denen der starke Eigenwille dieses Mannes spricht. Neben ihm die graue Haarmähne Briands, die in sanften Wellen über dieses versöhnliche Ministerhaupt gleitet. Die beiden Männer, die in ihrer Wesensart so grundverschieden sind, sitzen wie zwei gute Freunde nebeneinander, schütteln Hände, tauschen einige Bemerkungen aus. Herr Caillaux betrachtet interessiert den bunten Damenflor oben in den ersten Reihen der Tribüne. Trommelwirbel, Fanfarentöne. Kammerpräsident Herriot in Frack und Zylinder, rechts und links von zwei Offizieren mit gezogenem Degen flankiert, wird unten in der Wandelhalle mit dem üblichen Zeremoniell durch [illegible] Spalier der präsentierenden Parlamentswache zum Präsidentenstuhl geleitet. Die Sitzung ist eröffnet.

Aber die allgemeine Erwartung wird zunächst noch auf eine harte Probe gestellt durch eine lange Reihe laufender Angelegenheiten, die keinen Menschen interessieren und die inmitten großer Unruhe erledigt werden. Endlich ist auch das überstanden und das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Herriot verliest die vorliegenden Interpellationen, und

schon steht Caillaux auf der Tribüne.

Er spricht die ersten Sätze so leise, daß sie gänzlich unverständlich bleiben, und wird von Rufen unterbrochen: „Lauter! Lauter!" Sofort zeigt Caillaux sich gereizt: „Ich bitte das Haus um die größte Ruhe während der ernsten Darlegungen, die ich zu machen gezwungen bin." Und nun erstattet Caillaux seinen Bericht, der in der Tat so inhaltsschwer wie nur möglich ist. Gleich am Anfang stellt er fest, daß er in den Hauptpunkten mit dem Bericht der Sachverständigen übereinstimme, denn dieser Bericht stelle Forderungen auf, die er selbst bereits im vorigen Jahre erhoben habe. Caillaux untersucht dann zunächst eingehend die Budgetverhältnisse und zeigt die

Entwicklung des Defizits in den letzten fünfzehn Jahren.

„Das Defizit betrug fünf Milliarden im Jahre 1914, stieg schrittweise bis 49 Milliarden im Jahre 1918, fiel auf 42 Milliarden im ersten Nachkriegsjahre und wurde dann wieder zurückgeführt bis auf drei Milliarden im Jahre 1925. Der Staatshaushalt des laufenden Jahres ist im strengsten Gleichgewicht. Wenn die Sachverständigen dennoch neue Steuern für notwendig halten, so geschieht das wegen der Bedürfnisse des Schatzamtes, die nicht durch eine Anleihe gedeckt werden können." Caillaux kritisiert dann in einigen Punkten die Steuervorschläge der Sachverständigen und betont im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtengehälter, wodurch er zum ersten Male den Beifall des Hauses, besonders auf der Linken, entfesselt. „Die Beträge, die durch neue Steuern aufgebracht werden müssen, belaufen sich auf drei Milliarden, nämlich eine Milliarde für die Erhöhung der Beamtengehälter und je 500 Millionen für die Bons der nationalen Verteidigung, für die Vorschüsse der Staatsbank, für die Amortisierung der kurzfristigen Schulden und für Stabilisierungszwecke.

Caillaux entwickelt nun im einzelnen die Richtlinien seiner Steuerpolitik und geht dann auf

das dunkelste Kapitel seines Berichts

über, auf die Lage des Schatzamtes. „Die langfristigen Schulden des Landes betragen 154 Milliarden, die kurzfristigen 40 Milliarden, die schwebenden Schulden 92 Milliarden, zusammen 286 Milliarden. Rechnet man die Ausgaben für die zerstörten Gebiete hinzu, so erreicht die innere Schuld eine Höhe von rund 300 Milliarden. Die Schwierigkeiten des Schatzamts liegen in der übermäßigen Höhe kurzfristiger Verpflichtungen. Für die Beseitigung dieser Schwierigkeiten sind zwei Lösungen möglich:

Zwangsweise Konsolidierung, oder Rückzahlung.

In Uebereinstimmung mit dem Urteil der Sachverständigen lehnt Caillaux den ersten Weg entschieden ab, weil er den Staatskredit schädigen, eine fürchterliche Inflation hervorrufen und es indirekt dem Auslande erleichtern würde, das französische Wirtschaftsleben mit Beschlag zu belegen. (Wiederholter starker Beifall rechts und in der Mitte.)

Dagegen erklärt sich Caillaux mit dem Lösungsvorschlag der Sachverständigen einverstanden, der bekanntlich dahin geht,

eine besondere Tilgungskasse

ins Leben zu rufen. Caillaux macht dann eine Mitteilung, die im Hause sichtlich starken Eindruck hervorruft:

„Die Vorschüsse der Bank von Frankreich sind gegenwärtig fast völlig aufgebraucht, das Schatzamt hat also alles in allem nur noch über etwa 15 Millionen zu verfügen. Und selbst das konnte nur dadurch erreicht werden, daß man einen Teil des Morgan-Fonds verkaufte, sonst wäre die gesetzliche Höchstgrenze des Notenumlaufs bereits jetzt um fast eine Milliarde überschritten."

Renaudel: „Das hätte man uns früher sagen müssen!"

Caillaux deutet an, daß dies aus Rücksicht auf das nationale Interesse nicht möglich war und geht dann auf

die äußere Schuld

über. „Sie beträgt 18 945 Millionen Goldfranken, wovon jährlich 4 Milliarden Zinsen und Amortisationen zu zahlen sind. Im August sind 8 Millionen Pfund zu zahlen. Wir würden nicht imstande sein, diese Zahlungen zu leisten, wenn das Pfund weiter steigt und wenn wir nicht in glücklicheren Ländern Kredite finden, die wir nur erhalten können, wenn wir unsere Schulden regeln." Caillaux macht hier eine kleine Pause. Er mustert für einen Augenblick das Haus von links nach rechts und fügt hinzu: „Das ist die Lage!"

Die Sitzung wird an dieser Stelle für eine halbe Stunde unterbrochen, da Caillaux ermüdet ist. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen fährt er in seinen Darlegungen fort, in denen nunmehr

das politische Moment

mehr in den Vordergrund tritt: „Die Regierung wird dem Parlament das wichtigste Problem, nämlich die Regelung der Schuldenfrage, zur Entscheidung unterbreiten. Sie ist der Ansicht, daß die Ratifizierung der Abkommen mit gewissen Verbesserungen und Zusicherungen auf jeden Fall unentbehrlich ist, und sie findet sich auch in dieser Hinsicht in Uebereinstimmung mit dem Urteil der Sachverständigen. Die nächstliegende Gefahr besteht in dem Abbröckelnder Währung. Es wäre ein nutzloses Bemühen, wenn man den Franken wieder auf seine volle Höhe bringen wollte. Die Gefahren der unstabilen Währung sind von allen Sachverständigen betont worden, namentlich auch von den Urhebern des Dawes-Planes. Der Sturz des Geldwertes kommt nicht zum Stillstand, wenn man ihm nicht eine Schranke entgegensetzt." Caillaux entwickelt dann nochmals die

Voraussetzungen für die Stabilisierung: größte Sparsamkeit, Mitarbeit des ganzen Volkes und Auslandskredite.

Aber dieses ganze Programm muß mit einer Schnelligkeit durchgeführt werden, die sich mit dem langsamen Verfahren des Parlaments nicht verträgt. (Bewegung auf der Linken.) Wir werden Vollmachten brauchen, die ich durch einen Gesetzentwurf vom Parlament verlangen werde."

Auriol: Sie oder die Regierung?

Briand: „Es ist zwecklos, den Versuch zu machen, den Finanzminister und den Ministerpräsidenten in Gegensatz zu bringen. Zwischen beiden besteht vollkommene Einigkeit, und alle Vorschläge, die Ihnen gemacht werden, werden im Namen der Regierung gemacht."

Caillaux: „Die Regierung wird also von Ihnen Mittel verlangen, um die wirtschaftliche Lage des Landes unter ihrer eigenen Verantwortung zu regeln, und wenn die Arbeit getan sein wird, wird es Ihnen freistehen, zu kritisieren. Was wir von Ihnen verlangen, haben fast alle Länder auf sich nehmen müssen: Deutschland, Oesterreich, Polen und die Tschechoslowakei." (Bewegung.) „Wir sind in entscheidender Stunde", schließt Caillaux, „wir müssen wollen. Die Regierung will und sie wird den Sieg davontragen, wenn sie Ihr Vertrauen besitzt. Denken Sie an die vernichtende Verantwortung, die Sie übernehmen, wenn sie es ihr verweigern!" (Lebhafter Beifall.)

Als erster Interpellant spricht Borel von der Linksgruppe der Sozialistischen Republikaner, der sich im allgemeinen den Ausführungen Caillaux' anpaßt, jedoch auf die Notwendigkeit hinweist, daß die Frage der auswärtigen Kredite und die Schuldenfrage vom Parlament vollkommen getrennt behandelt werden müßten. Caillaux erklärt sich mit dieser Auffassung einverstanden. Im Namen der Kommunisten spricht dann der Abgeordnete Garchery, der natürlich sowohl den Bericht der Sachverständigen wie die von Caillaux entwickelte Regierungspolitik in Grund und Boden verurteilt. Garchery betont besonders, daß die neuen Vorschläge in der Hauptsache wieder zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gingen, obgleich bereits jetzt achtzig Prozent der Budgeteinkünfte aus indirekten Steuern gezogen würden. Die ganze Regierungspolitik laufe darauf hinaus, Frankreich und besonders das französische Proletariat zum Sklaven des angelsächsischen Kapitals zu machen.

Die Kommunistische Partei verlange die Streichung sämtlicher Kriegs- und Vorkriegsschulden. Zum Schluß schilderte der Redner in schwärzesten Farben die wirtschaftliche Krisis und als ihre Folgeerscheinungen die Teuerung und Arbeitslosigkeit, die sich aus der Durchführung der Sachverständigenvorschläge ergeben müßten.

Die Sitzung wird auf morgen vormittag vertagt.

Große Mehrheit für das französische Flottenbauprogramm.

a. **Paris**, 6. 7. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat in ihrer heutigen Vormittagssitzung mit 415 gegen 145 Stimmen das Flottenbauprogramm für 1926/27 angenommen, das den Bau eines Kreuzers und zweier Torpedobootszerstörer, von vier Torpedobooten und einer Reihe von Unterseebooten und Hilfsschiffen mit einem Kostenanschlag von rund 960 Millionen Franken vorsieht. Der kommunistische Abgeordnete Berthon hatte angesichts der Finanzlage die Rückstellung der Vorlage beantragt und darauf hingewiesen, daß **das Flottenbauprogramm nicht etwa aus Furcht vor der deutschen Flotte aufgestellt sei, sondern im Hinblick auf den imperialistischen Kampf um Indien, die Kolonien und um das Mittelmeer.**

*

Der Ministerrat hat beschlossen, die für nächsten Sonntag geplante Protestkundgebung der Kriegsteilnehmer gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens aus außenpolitischen Gründen zu verbieten.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Abessinien vor der ägyptischen Kammer.

Opposition gegen den englisch-italienischen Vertrag.

Kairo, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

In der Kammer stellte heute abend ein Abgeordnete die Anfrage, ob die ägyptische Regierung über ein englisches Abkommen über Abessinien unterrichtet sei, ob es wahr sei, daß England in diesem Abkommen als der Beschützer Aegyptens und des Sudans figuriere, und welche Maßnahmen die ägyptische Regierung angesichts dieses Abkommens und angesichts der von Italia eingegangenen Anerkennung der Kontrolle des obren Nils durch England zu treffen gedenke. Diese stelle eine Bedrohung der ägyptischen Interessen dar. Der ägyptische Außenminister Sarwat antwortete, die englische und die italienische Regierung hätten die ägyptische Regierung von dem Abkommen unterrichtet. Das Abkommen enthalte nichts, was dahin gedeuet werden könnte, daß England sich als Schützer Aegyptens und des Sudans aufspiele, und im übrigen sei es Gegenstand eingehender Besprechungen und Prüfungen. Die ägyptische Regierung werde alles daransetzen, um die ägyptischen Interessen wahrzunehmen.

Beamtensperrgesetz in Italien.

fr. **Mailand**, 6. 7. (Eigenbericht.)

Mussolini hat ein Rundschreiben an seine Ministerkollegen gerichtet, in dem er ihnen mitteilt er wolle dem nächsten Ministerrat eine Verordnung vorlegen, nach der bis auf weiteres kein Beamten neu eingestellt werden dürften. Der Beamtenkörper sei im Laufe der letzten zwei Jahre nur um etwa 5000 Köpfe gestiegen und hält sich immer noch auf einer Zahl von etwa 500 000, aber die Ausgaben seien dafür um 2 Milliarden angewachsen, ohne daß diese Gehaltserhöhungen die Geldentwertung ausgeglichen hätten.

Da Costa über die Aufgaben der Lissaboner Stadtverwaltung.

Lissabon, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

General da Costa führte den neuen, von der Regierung ernannten Munizipalrat von [illegible] sein Amt ein. Er hielt im Hause der [illegible]altung eine Rede, in der er erklärte, [illegible]cht, ob der aufgelöste Stadtrat gut oder [illegible]arbeitet habe. Wenn aber Lissabon eine [illegible]ne Wasserversorgung, mit Haufen von [illegible]bfall und ohne sanitäre Einrichtungen [illegible] das ein Zustand, bei dem eine der [illegible] Städte der Welt wie eine Stadt in [illegible] aussehe. Er forderte den neuen Stadt[illegible] diesem Zustand ein Ende zu machen. Er hoffe [illegible], wenn ein neuer Stadtrat gewählt würde, [illegible] gute und ehrenhafte Bürger gewählt würden.

40 Chinesen sind bei dem Versuch, falsche Perlenschnüre im Gewicht von 200 Kilogramm über die Grenze zu schmuggeln, verhaftet worden.

Amundsen in New York.

New York, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

Amundsen, der Sonnabend mit Ellsworth und einigen norwegischen Mitgliedern der „Norge"-Mannschaft hier eintraf, wurde auf dem Grand-Central-Bahnhof von einem offiziellen Begrüßungskomitee empfangen und von einer großen Menschenmenge stürmisch gefeiert. Als Amundsen den amerikanischen Polarflieger Byrd in der Menge bemerkte, rief er ihn an seine Seite und bestand darauf, daß Byrd sich an der Entgegennahme der Ehrenbezeigungen beteilige. Amundsen und seine Begleiter fuhren vom Bahnhof nach Brooklyn, von wo sie um 1 Uhr nachmittags nach Norwegen abfuhren. In Brooklyn hatte sich ebenfalls eine gewaltige Menschenmenge eingefunden, die norwegische, italienische und amerikanische Flaggen schwenkte und Amundsen einen großen Empfang bereitete. Auch hier zog Amundsen den sich bescheiden im Hintergrund haltenden Byrd immer wieder an seine Seite. Vor der Abreise erklärte Amundsen, daß er mit seiner Forscher- und Vortragstätigkeit zu Ende sei.

Archäologischer Erfolg.

New York, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

Der norwegische Gelehrte Prof. Olaf Opsjon, der sich seit zwei Jahren hier aufhält, um den Spuren der alten Norsen nachzugehen, berichtet über eine interessante von ihm gemachte Entdeckung. Er behauptet, daß die bekannte Inschrift auf dem Lavablock bei Spokane nördlich von Washington nicht von Indianern herrührt, wie bisher angenommen wurde, sondern von den Norsen. Nach Professor Opsjon schildert die Inschrift einen Kampf zwischen Norsen und Indianern im Jahre 1010, wo die Norsen — 24 Männer, 7 Frauen und ein Kind — von den Indianern angegriffen wurden. Die 7 Frauen wurden geraubt, 12 Männer getötet. Die übrigen Norsen entwichen. Von diesen aber kehrten 6 zurück, um ihre Toten zu bestatten, wurden aber von Indianern wieder angegriffen und beraubt. Prof. Opsjon erklärt, daß er die betreffende Stelle gefunden hat, er sie aber schützen möchte.

Nachtsitzung des Landtags.

Der Preußische Landtag hielt gestern eine Nachtsitzung ab, die sich bis gegen Mitternacht hinzog, und die in so animierter Stimmung verlief, daß es zweckmäßiger erscheint, auf Wiedergabe der sachlichen Ausführungen zu verzichten. Erledigt wurden der Kultus- und der Wohlfahrtsetat. Minister Hirtsiefer sprach über die Wohnungsfrage. Ein großer Teil der Mitglieder des Hauses wohnte der Sitzung im Garten bei.

Die Fortsetzung der dritten Lesung des Etats wurde auf Mittwoch, 12 Uhr vertagt. Auf die außerordentlich umfangreiche Tagesordnung dieser Sitzung, nach der sich das Haus in die Ferien begeben will, wurde auf Antrag der Regierungsparteien deren Große Anfrage über Dr. Luthers Berufung in den Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft gestellt. Der Sozialdemokrat Leinert, der diesen Geschäftsordnungsantrag begründete, zeigte sich über die Absichten der preußischen Regierung außerordentlich gut informiert; er kündigte gleichzeitig an, daß die preußische Regierung die Interpellation sofort beantworten werde.

(Siehe auch die Meldungen auf der 2. Seite.)

Der Reichstagspräsident in Wien.

Auswärtige Diplomaten bei seinem Vortrag.

kbg. **Wien**, 6. 7. (Eigenbericht.)

Der deutsche Reichstagspräsident Löbe, der heute morgen in Wien eingetroffen war und einen überaus freundlichen Empfang schon auf dem Bahnhof gefunden hatte, hielt am abend im Rahmen des deutsch-österreichischen Volksbundes einen ausführlichen Vortrag über den derzeitigen Stand der Anschlußfrage. Das Thema hatte ein zahlreiches Publikum angelockt. Unter den Zuhörern fanden sich auch die Vertreter auswärtiger Gesandtschaften.

Löbe erinnerte in seinen einleitenden Ausführungen, daß sein früherer Besuch in Wien etwa vor Jahresfrist zu verschiedenen Warnungen wegen angeblich zu befürchtender politischer Folgen Anlaß gegeben hätte, die sich später als unbegründet erwiesen hätten. Die Anschlußfrage habe in den letzten Jahren

verschiedene Etappen

durchlaufen, von denen er gesondert in seinen Ausführungen unterschied:

1. Die Zeit des Totschweigens der Anschlußbewegung, jene Zeit, in der nur das Gebot der Sieger galt.
2. Die Etappe, in der man versuchte, die Anschlußbewegung lächerlich zu machen, obwohl sich die Diskussion allmählich durchsetzte.
3. Das Stadium der heftigen Gegnerschaft bei fast allen Siegerstaaten gegen die Anschlußbewegung, und
4. schließlich die umgekehrte Art der Behandlung des Problems.

Die Gegnerschaft sei noch nicht beseitigt, aber es sei die Zeit der sachlichen Prüfung der Anschlußfrage gekommen. Aus Amerika und England dringen kritische Stimmen herüber, die zeigen, daß die Argumente, die für die Anschlußbewegung geltend gemacht werden, ernst überprüft werden.

Löbe begründete seine Zuversicht mit zwei der Anschlußbewegung entnommenen Motiven, dem nationalen Verlangen nach dem Selbstbestimmungsrecht, das aus der Blut- und Stammesgemeinschaft seine Lebenskraft schöpfe, und aus den Erwägungen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit. „Wilson war mit seiner Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der erste Besiegte des Weltkrieges." Jetzt aber trete Europa in eine neue Epoche, weil mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Aera der Diktate ihr Ende finde. Deutschland nehme als gleichberechtigter Faktor am Beratungstisch der Völker Platz. Deutschland wolle der Welt nicht verschweigen, daß es

am Gedanken des Selbstbestimmungsrechts festhalte

und für die Vereinigung mit Oesterreich eintrete. Der Vorwurf der Annexion sei unbegründet. Unter Annexion sei immer die Eingliederung fremder Völker und die gewaltsame Unterwerfung von Volksteilen unter fremden Willen verstanden worden, während die Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich die Heimkehr Oesterreichs ins Mutterland sei.

Die Anschlußbewegung finde auch in der zunehmenden Erkenntnis von der Notwendigkeit der Schaffung großer Wirtschaftseinheiten einen mächtigen Förderer. Löbe erinnerte daran, daß Seipel kürzlich in Paris gesagt habe, Oesterreich sei saniert und auf dem Wege der Genesung. In Deutschland habe man den Anschluß Oesterreichs schon gewollt und propagiert, als man der Meinung war, Oesterreich könne allein nicht bestehen. Wenn sich seither, wie Seipel behauptet, der Zustand der wirtschaftlichen Gesundung eingestellt habe, so sei dies für Deutschland kein Grund, jetzt gegen eine Vereinigung mit Oesterreich zu sein. Aber es scheine doch, daß die Existenzmöglichkeit Oesterreichs noch sehr umstritten sei. Löbe wies mit großem Nachdruck auf die wirtschaftlichen Strömungen hin, die den Anschlußgedanken begünstigen. Gegenüber der Paneuropabewegung stelle Löbe ausdrücklich fest, daß er für Paneuropa sei.

Keine bulgarischen Banden auf fremdem Gebiet.

Sofia, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

Der Kriegsminister dementiert offiziell die Gerüchte über die Tätigkeit bulgarischer Banden auf griechischem, jugoslavischem und rumänischem Gebiet und versichert, daß die bulgarischen Militärbehörden nach Kräften für die Achtung der Grenzen wirkt.

Die Sobranje ist auf den 9. September vertagt worden.

Tanger, 6. 7. (Sonderdienst der DAZ.)

Die internationale Tanger-Verwaltung ist in der Affäre des Polizei- und Gefängnisskandals bereits mit löblicher Schärfe eingeschritten. Der stellvertretende Chef der Zivilpolizei wurde gestern vom Amt suspendiert. Die Untersuchung schreitet fort.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- und Geldmarkt.

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags.

	6. 7.	3. 7.		6. 7.	3. 7.
Tägl. Geld...	4½ %	nom.	Lond. 60 T.	4,82¼	4,82⁹/₁₆
Bankakzepte			Paris	2,73,00	2,70,00
(90 Tage) G	3⅛	nom.	Brüssel...	2,60,00	2,64,50
do. do. B	3⅛	nom.	Amsterd. .	40,15	40,15
Pa. Handelsw.			Zürich ...	19,36½	19,38
niedr. Kurs	3¾ %	3¾ %	Oslo	21,96	21,96
do. höchster	4 %	4 %	Kopenh. ..	26,51	26,53
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82	Prag	2,96½	2,96⅞
„ bez. ..	—.—	—.—	Rom	3,43½	3,51
London			Madrid ..	15,91	15,89
Kabel Tr. .	4,86⁷/₁₆	4,86½	Silber ...	65⅞	65¾

New York, Produktenmarkt.

	6. 7.	2. 7.		6. 7.	2. 7.
Kaffee Santos l. .	22¾	22⅞	Weissblech.....	5,50	5,50
„ Rio loko .	20⁸/₁₆	19¾	Bessemer Stahl.	35,50	35,50
„ Juli	18,45	18,13	Schmalz West. .	16,85	17,05
„ Septbr. .	17,70	17,38	Talg	8⅞	8⅞
„ Dezbr. ..	16,90	16,60	Bw. Saatöl loko.	15,00	14,60
„ März ...	16,31	16,03	„ Sept.	13,65	13,49
„ Mai	15,92	15,60	Petroleum Cases	19,15	19,15
Baumwolle loco.	18,40	18,25	„ Tanks ..	8,75	8,75
„ Juli	17,90	17,74	„ Stand wh.	15,75	15,75
„ August..	16,93	16,70	Pennsylv. Rohöl	3,65	3,65
„ Septbr...	16,68	16,50	Zucker Juli	2,42	2,41
„ Oktober .	16,45	16,23	„ Septbr...	2,52	2,51
Zufuhr	14 000	5 000	„ Dezbr. ..	2,69	2,68
Kupfer elektr. ..	13,87½	13,85	Kautsch. crepe .	42⅛	42
Zinn	62,75	61,75	„ sheet. .	42⅛	42
Blei	8,25	8,25	Terpentin	86	86½
Zink	7,22	7,20	„ Savannah	79½	79⅞
Eisen	19,75	20,00	Baumw. N. Orl. .	17,70	17,41

	6. 7.	2. 7.		6. 7.	2. 7.
Weizen, rot	158⅞	156¼	Mehl, Sp.	7,25—7,75	7,25—7,75
Hartwinter .	160⅞	158¼	Getrfr. Engl. ..	1/9—2/6 sh	2/0—2/6 sh
Mais.......	84	83⅞	Kontinent	11—14 cts.	11—14 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	6. 7.	2. 7.		6. 7.	2. 7.
Weizen Juli..	136⅞	134¼	Schmalz September.	16,37½	16,52½
„ Sept..	136⅞	134¼	Rippen Juli	17,65	17,70
Mais Juli..	69	68⅞	Speck	18,00	18,25
„ Sept..	76½	75½	Leichte Schweine niedr....	14,25	14,00
Hafer Juli..	37⅞	36⅞	Leichte Schweine höchst. .	15,00	14,90
„ Sept..	39⅞	39	Schwere Schweine niedr....	13,40	13,25
Roggen Juli..	95½	92⅞	Schwere Schweine höchst. .	14,40	14,40
„ Sept..	99⅞	96⅞	Zufuhr Chicago ...	37 000	14 000
Schmalz Juli.	16,07½	16,27½	Zufuhr Westen ...	187 000	73 000

Ein „Kommuniqué".

Von **Prof. Dr. O. Franke**, Universität Berlin.

Das neue Institut für geistige Zusammenarbeitung in Paris hat an die Presse ein „Kommuniqué" gegeben, daß sehr eindringlich auf zwei Vorgänge der letzten Zeit hinweist, die ihm besonders wichtig für die Gestaltung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen erscheinen. Diese Vorgänge, so meint das „Kommuniqué", „zeugen von der zunehmenden Beruhigung, die im Laufe der letzten Jahre in der Welt des Geistes eingetreten ist". Es ist einmal die Zusammenkunft des internationalen Ausschusses der Geschichtsforscher, die im Mai in Genf stattgefunden hat und bei der Deutschland durch zwei Gelehrte vertreten war; und dann die Versammlung der Union académique internationale im gleichen Monat in Brüssel, auf der festgestellt worden ist, daß „die Satzungen der Vereinigung niemanden ausschließen, daß vielmehr der lebhafte Wunsch besteht, möglichst alle Länder in dieser Vereinigung zusammenzuschließen".

Von der Zusammenkunft in Genf verspricht sich das „Kommuniqué" große Wirkungen. „Bisher ist — das darf nicht übersehen werden — Geschichte oft in einem zu engnationalen Sinne geschrieben und betrieben worden und hat zur Aufrichtung einer Mauer zwischen den Völkern nicht wenig beigetragen." Das wird nun hinfort anders werden, und statt des Waffenlärms wird in den Hallen der Geschichte nur noch der weiche Klang freundwilligen Verstehens und Verzeihens gehört werden. „So kann wohl", meint der Verfasser begeistert, „von einem Locarno der Geschichtsforscher gesprochen werden." Aber „wichtiger noch und weitreichender" ist ihm der zweite Vorgang. „Man nimmt an", sagt er, „daß der Beschluß des Akademieverbandes von Brüssel auf die Haltung des im Juli (es war in Wahrheit der 29. Juni) zusammentretenden Forschungsrates (Conseil international de recherches) großen Einfluß üben wird." Bei dieser Gelegenheit sollte, wie bekannt, der „Forschungsrat" abermals darüber befinden, ob durch Satzungsänderung den bisher ausgeschlossenen Mittelmächten der Zutritt zu seiner Gemeinschaft freigegeben werden sollte oder nicht. Der Antrag auf Zulassung war wiederholt — zuerst im Jahre 1922 von Schweden — von nichtfranzösischen Mitgliedern gestellt, aber jedesmal — zuletzt im Juli vorigen Jahres — abgelehnt worden.

Was nun die Zusammenkunft der Historiker in Genf anlangt, so hätte dem Verfasser des „Kommuniqués" nicht unbekannt sein sollen, daß sie erst zustande gekommen ist, nachdem von den Einberufern auf Verlangen der Deutschen mündlich und schriftlich erklärt worden war, daß der internationale Historikerkongreß in keiner irgendwie gearteten Verbindung mit der Union stehe. Ob etwa der Beschluß der letzteren vom Mai erst durch diese Vorgänge veranlaßt worden ist, mag dahingestellt bleiben. Die neue Art der Geschichtsschreibung aber, die uns hier in Aussicht gestellt wird und mit der sich auch, wie die Zeitungen berichteten, die Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit im Juli vorigen Jahres beschäftigt hat, als sie die Gründung einer internationalen Universität erörterte, wird die Historiker erstaunt aufsehen lassen: bisher galt es als Ziel der wissenschaftlichen Historie, die geschichtliche Wahrheit aufzufinden, keinem zuliebe und keinem zuleide. Wenn sie nun künftig alles vermeiden soll, was vielleicht die Eigenliebe eines fremden Volkes verletzen könnte, dann dient sie nicht mehr der Wahrheit, sondern den Ideologien wirklichkeitsfremder Phantasten, denn nur ein wirklichkeitsfremder Phantast kann glauben, daß Kampf und Leidenschaft jemals im Leben der Völker gefehlt hätten oder jemals fehlen würden. Die „Mauer zwischen den Völkern" ist nicht von der Geschichtsschreibung aufgerichtet worden, sondern eben durch die Leidenschaften der Völker selbst sowie durch den unheilvollen Einfluß gewissenloser Staatsmänner, deren blinder Haß zuweilen stärker ist als Vernunft und Recht. Sind dem Pariser Institut solche Staatsmänner nicht bekannt?

Noch erstaunlicher aber als diese Ansicht vom Wesen der Geschichtsschreibung ist das, was das „Kommuniqué" über die beiden Organisationen des „Conseil" und der „Union" zu sagen weiß. „Sie haben", so heißt es, „seit dem Kriege in drei Etappen die wissenschaftliche Zusammenarbeit der Welt wieder einzustellen versucht: zunächst unter den Mitgliedstaaten der Entente; dann mit den Neutralen, die einzeln zur Mitarbeit aufgefordert wurden; und nun stehen wir drittens vor der erfreulichen Aussicht, alle Länder der Welt in diesem Arbeitsbund vereinigt zu sehen." Und dann kommt von allem Erstaunlichen das Erstaunlichste. „Die deutschen Gelehrten glaubten Grund zu der Annahme zu haben, daß die beiden Organisationen den Zweck hätten, die deutsche Wissenschaft zu boykottieren. Es scheint, daß es jetzt gelingen wird, dieses Mißverständnis zu beseitigen." Man traut seinen Augen nicht. Ein Mißverständnis! Es ist, als ob die Herren des Instituts ihr „Kommuniqué" an ein Publikum gerichtet hätten, das auf einem anderen Planeten lebt. Sie werden nicht erwarten, daß wir mit einer Widerlegung ihrer grotesken Aussprüche, die sie selbst nicht ernst nehmen können, die Zeit vergeuden. Wir wollen auch heute nicht an alle die unsagbaren Beschimpfungen erinnern, die von den Männern des „Conseil" und der „Union" Jahre hindurch über die deutsche Wissenschaft und das deutsche Gelehrtentum ausgegossen sind, und denen man von dort aus — das dürfen wir erhobenen Hauptes erklären — nichts bei uns an die Seite stellen kann, aber wir wollen jenen, deren Ziele das „Kommuniqué" heute als mißverstanden hinstellt, einiges von dem ins Gedächtnis zurückrufen, was sie selbst einst gesagt haben, als sie die beiden großen Organisationen schufen.

In der Sitzung der Pariser Akademie vom 21. Oktober 1918 verkündigten die Herren Picard und Lacroix, daß auf der Konferenz der interalliierten Akademien zu London vom 9. bis 11. Oktober einstimmig beschlossen sei, daß „persönliche Beziehungen zwischen den Gelehrten der alliierten Länder und denen der Mittel-